



Gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden – Für die internationalistische Einheitsfront gegen Krieg und sozialen Krieg
Wir unterstützen das [internationale Meeting gegen den imperialistischen Krieg am 08.11.26 in Paris](#)

Als gewerkschaftliche Basisinitiative 'Sagt NEIN! – Gewerkschafter*innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden' unterstützen wir das internationale Meeting gegen den imperialistischen Krieg am 08. November in Paris ausdrücklich und rufen zur Teilnahme auf.

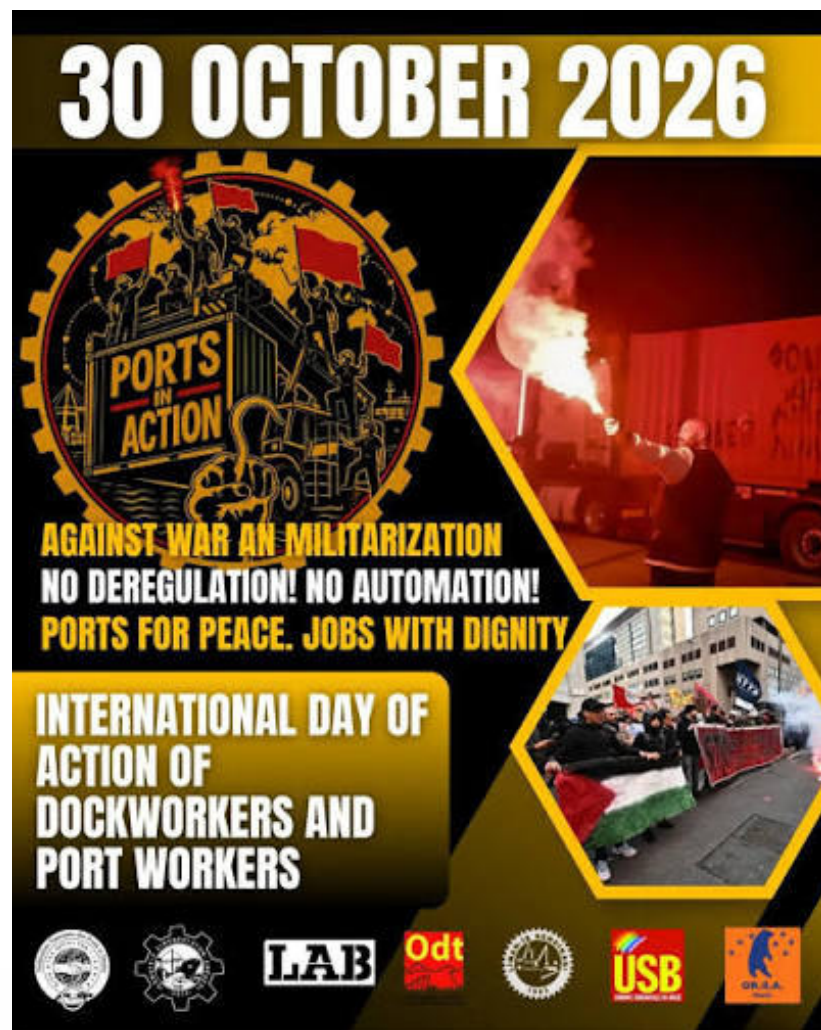
Wir wenden uns gegen jede Form von Sozialchauvinismus und die Politik des Burgfriedens, mit der Gewerkschaften und soziale Bewegungen erneut auf nationale Standortlogik, „Verantwortung“ und Kriegsertüchtigung verpflichtet werden sollen. Die historische Erfahrung zeigt: Wo Klasseninteressen hinter nationale Loyalität zurücktreten, werden Arbeiter*innen erneut für die Interessen der Herrschenden mobilisiert. Internationalismus ist deshalb keine moralische Ergänzung, sondern praktische Notwendigkeit. Die Antwort auf Militarisierung, Aufrüstung und soziale Verwüstung kann nur grenzüberschreitende Solidarität und gemeinsame Gegenwehr sein.

Die Pariser Konferenz kann ein wichtiger Schritt sein, um antimilitaristische, gewerkschaftliche und soziale Kräfte international zusammenzuführen und die Verbindung von Antikriegs- und Sozialkämpfen zu stärken.

Wir rufen dazu auf, das Pariser Meeting gegen den imperialistische Krieg zu unterstützen und zu einem Ort praktischer internationalistischer Verständigung und Organisation gegen den imperialistischen Krieg, Militarismus und den sozialen Krieg zu machen.

Gouvernements, craignez la révolte des peuples !
A bas la guerre, à bas l'exploitation !

Retrouvons-nous, le 8 novembre à Paris dans un grand meeting internationaliste contre la guerre.



Häfen für den Frieden – Arbeitsplätze mit Würde

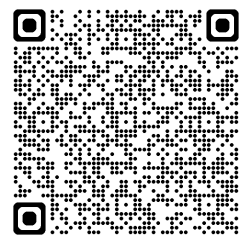
Im Anschluss an das dritte internationale Treffen der Gewerkschaften der Hafenarbeiter im Mittelmeerraum und in Europa, das im Mai 2026 in Istanbul stattfand, haben die teilnehmenden Gewerkschaften einen gemeinsamen internationalen Aktionstag am 30. Oktober 2026 ins Leben gerufen.

Im Mittelpunkt des Treffens stand der Kampf gegen Kriege, Völkermord und militärische Aggressionen; zugleich wurden die Herausforderungen thematisiert, denen Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigte gegenüberstehen, darunter Löhne, Arbeitsbedingungen, Automatisierungsprojekte sowie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. (...)

Am 30. Oktober werden alle Aktionen im Rahmen eines gemeinsamen internationalen Kampfes gebündelt, um in einem äußerst kritischen Moment der Geschichte Kriege, Völkermord und die Militarisierung von Häfen zu stoppen und gleichzeitig die Arbeitnehmerrechte sowie bessere Arbeitsbedingungen zu verteidigen.

Die unterzeichnenden Gewerkschaften der Istanbul-Erklärung rufen ALLE Gewerkschaften der Hafenarbeiter und Hafenbeschäftigten dazu auf, sich dieser internationalen Mobilisierung anzuschließen. Wir sind bereit, uns mit organisierten Gruppen von Hafenarbeitern und Hafenbeschäftigten aus anderen Häfen zu treffen, die daran interessiert sind, Teil dieses gemeinsamen Kampfes zu werden.

CGT FNPd Frankreich – ENEDEP Griechenland –
LAB Baskenland – LIMAN-IS Türkei – ODT Marokko –
ORSA Porti Italien – USB Italien



V.i.S.d.P.: R. Junius; Rungestraße 20; 10179 Berlin



SAGT NEIN! #3
STREIKFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG
PARTEIISCH * EMANZIPATORISCH * INTERNATIONALISTISCH
Korrespondenzblatt der gewerkschaftlichen Basisinitiative 'Sagt NEIN! Gewerkschafter*innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden'

Einladung zur Eröffnung einer Diskussion – Vernetzung gewerkschaftlicher Widerstand

Die gewerkschaftliche Basis hat überall begonnen, sich zu vernetzen. Gewerkschaftliche Ratschläge und Friedens-AG's werden überall im Land ins Leben gerufen. Standort-, konzern- und branchenübergreifend. [Macht mit!](#) (16./17. Oktober in Kassel)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Unterstützer*innen,

die Maßnahmen und weiteren Pläne von NATO, EU und Regierungen jedweder Couleur sind ausgerichtet auf die »Kanonen statt Butter«-Politik. Die Regierung Merz-Klingbeil ist entschlossen, diesen Kurs in einem bisher nie dagewesenen Rüstungs- und Kriegshaushalt zum Aufbau der »stärksten konventionellen Armee in Europa« umzusetzen. Entsprechend sind ihre »Reformen« ausgerichtet auf die Zerstörung aller noch vorhandenen Errungenschaften, die die Arbeiterbewegung im bürgerlichen Staat erkämpfte und in weiten Teilen hat verteidigen können.

Werktätige und Jugend sollen dafür »schmerzhafte« Einschnitte hinnehmen: Nicht nur in der Automobilindustrie sind wir konfrontiert mit einer massiven Umstellung auf die Kriegsproduktion bei gleichzeitiger Zerstörung hunderttausender Arbeitsplätze, Betriebsschließungen, Massenentlassungen und Lohnraub.

Die kommenden Tarifverhandlungen werden geprägt sein von diesen Ultimaten. Nicht nur im öffentlichen Dienst prägen der Kriegshaushalt und die damit verbundene Ruinierung der Kommunen das Ziel des Lohnabbaus, der Einschnitte in das Arbeitsrecht, Arbeitssicherstellungsgesetz...

Die Führungen unserer Gewerkschaftsorganisationen bleiben dabei im Burgfrieden verhaftet: Sie unterstützen diesen Kurs von NATO, EU und Regierungen, und fordern ausgerechnet von denen »Resilienz« und »Friedensfähigkeit« und »Kanonen und Butter«.

Vor diesem Hintergrund haben Mitglieder von [»Gewerkschaftslinker Hamburg«](#), von [»Sagt Nein! Gewerkschafter*innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden«](#) und der [»Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften \(VKG\)«](#) diskutiert.

Wir wenden uns an Euch mit dieser Einladung zur Eröffnung einer Diskussion, weil wir davon überzeugt sind, dass eine Koordinierung unserer Aktivitäten längst überfällig ist. Im Respekt vor unseren jeweiligen Traditionen und Schwerpunkten unserer Arbeit schlagen wir ein erstes Treffen für einen Austausch in Präsenz vor:

16.–17. Oktober 2026
Beginn: Freitag, 16.10., 13:00 Uhr
Ende: Samstag, 17.10., 15:00 Uhr
Ort: Kassel, Stadtteilzentrum „Vorderer Westen“

Anmeldung bitte an: info@sagtno.it



Unterstützung eigenständiger, selbstbestimmter, gewerkschaftlicher Kämpfe



EDITORIAL

Liebe Kolleg*innen,

DIE STIMMUNG UNTER DEN KOLLEG:INNEN IN DER AUTOMOBILINDUSTRIE IST VIELERORTS AUF DEM SIEDEPUNKT. MIT DER [RESOLUTION „SCHLUSS JETZT. PROTEST, WIDERSTAND, STREIK“](#) HATTE DER VERTRAUENSKÖRPER VON MERCEDES STUTTGART UNTERTÜRKHEIM EIN LANDESWEIT BEACHTETES SIGNAL GESETZT. DIE ERKLÄRUNG HATTE EIN GEWALTIGES ECHO, NICHT ZULETZT BEI AKTIVIST:INNEN UND EHRENTÄGLICHEN MITGLIEDERN DER IG METALL, INSBESONDERE [UNTER DER JUGEND](#).

ES GEHT UM KLASSENKAMPF. ES GEHT UM POLITIK GEGEN DIE GESAMTHEIT DER INTERESSEN UND GEGEN DIE ZUKUNFT ALLER BESCHÄFTIGTEN. DIESE POLITIK WIRD GERADE GNADENLOS DURCHGESETZT. **SOZIALE UND POLITISCHE ERRUNGENSCHAFTEN UND EIN LEBEN IN FRIEDEN STEHEN IN BEISPIELOSER WEISE ZUR DISPOSITION. NUR ENTSCHEIDENER KLASSENKAMPF VON UNTEN KANN DA DIE ANWORT SEIN.**

INITIATOREN UND REDAKTIONSGRUPPE VON 'SAGT NEIN:'

INHALT

1 – 2 EINLADUNG ZUR ERÖFFNUNG EINER DISKUSSION – VERNETZUNG GEWERKSCHAFTLICHER WIDERSTAND

3 DGB-ERKLÄRUNG ZUM ANTIKRIEGSTAG 2026 -

ANTIMILITARISTISCHER DRUCK DER BASIS BEGINNT ZU WIRKEN – ABER DER BURG-FRIEDEN IST LÄNGST NICHT GEBROCHEN

4 SAGT NEIN! -INTERNATIONAL

- **30.10. INTERNATIONAL DAY OF ACTION OF DOCKWORKERS AND PORT WORKERS AGAINST WAR AND MILITARIZATION**
- **08.11. INTERNATIONALES MEETING GEGEN DEN KRIEG UND AUSBEUTUNG PARIS**

Wir wider-sprechen!



Vernetzung gewerkschaftlicher Widerstand

Eine klassenorientierte Gewerkschaftsarbeit kann sich stützen auf die in vielen Betrieben und Gewerkschaften, in unabhängigen Initiativen bereits entstandenen Zusammenschlüsse, die sich gegen imperialistischen Krieg, Klimazerstörung, Militarisierung, Faschisierung, nationalistische Standortlogik, Sozialpartnerschaft, Burgfrieden, Sozialkahltschlag, die zunehmende Einschränkung demokratischer Grundrechte und die Kriminalisierung von Opposition und nicht zuletzt gegen die Unterordnung unserer Gewerkschaften unter Staat, Kapital und Regierung richten. Allerdings: Unsere verschiedenen Initiativen sind begrenzt (regional, branchen- und themenspezifisch...).

Es mangelt nicht an Kritik oder Protest. Das Problem: Wie kann Protest in Widerstand verwandelt werden. Es braucht Orte der Koordinierung, Vernetzung und der gemeinsamen strategischen Orientierung.

Wir schlagen die Bildung eines Koordinierungsrates« (KoRa) vor, der keine Fraktion und keine neue Gewerkschaft ist, sondern ein Versuch, der bestehenden Zersplitterung betrieblicher, gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Gegenwehr etwas Verbindendes entgegenzusetzen.

Wir wollen Erfahrungen austauschen, Solidarität organisieren, gesellschaftliche und betriebliche Kämpfe wieder stärker miteinander verbinden und aktionsorientierte und handlungsfähige betriebliche und gewerkschaftliche Netzwerke aufbauen und gemeinsame Initiativen entwickeln.

Wir denken gewerkschaftliche Opposition doppelt.

- Wir streiten in unseren Gewerkschaften gegen Opportunismus, Sozialpartnerschaft, Burgfrieden und ihre Integration in kapitalistischen Wettbewerb, Standortlogik und Regierungspolitik; für die Verteidigung und Rückgewinnung ihrer Unabhängigkeit als Organisationen unserer Klasse.
- Zugleich suchen wir die Verbindung zu Kämpfen, die häufig außerhalb gewerkschaftlicher Strukturen entstehen: gegen imperialistischen Krieg und Militarisierung, gegen Rassismus und Repression, gegen Wohnungsnot, Klimakrise und ökologische Zerstörung, gegen Prekarisierung und soziale Ausgrenzung.



Gelebter Internationalismus ist für uns keine Zusatzfrage, sondern Voraussetzung klassenorientierter Gewerkschaftsarbeit für aktive und aktionsorientierte internationale Vernetzung.

»KoRa gewerkschaftlicher Widerstand« ist zunächst ein

Arbeitsstiel. Über den vorgeschlagenen Aufbau eines Koordinierungsrates wollen wir mit Euch in Kassel eine erste Diskussion führen.

Freundschaft!

Kollegiale und solidarische Grüße



Jour fixe - Gewerkschaftsline Hamburg
Unterstützung gegenwärtiger, zukünftiger, gewerkschaftlicher Kämpfe



Mercedes Bremen: Streik, 26. Juni 2026



DGB-Erklärung zum Antikriegstag 2026 Antimilitaristischer Druck der Basis beginnt zu wirken – aber der Burgfrieden ist längst nicht gebrochen

Die [DGB-Erklärung zum Antikriegstag 2026](#) hat sich gegenüber den beiden Vorjahren erkennbar verändert. Der wachsende Widerstand in Betrieben, Gewerkschaften und auf der Straße sowie die Auseinandersetzungen auf dem DGB-Bundeskongress zeigen Wirkung. Dass der DGB die Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Pflichtdienste eindeutig ablehnt und den endgültigen Verzicht auf neue US-Mittelstreckenwaffen fordert, ist ein wichtiger Fortschritt. Er bestätigt: Druck von unten verändert Positionen auch in unseren Gewerkschaften. Doch in der entscheidenden Frage bleibt die Erklärung der sozialpartnerschaftlich burgfriedlichen Logik verhaftet: Der Hauptfeind stehe woanders. Dabei steht der Hauptfeind der Werktätigen wie eh und je im eigenen Land.

Schon der erste Satz der DGB-Erklärung beschreibt die kriegsrische Welt allein als Ergebnis der Konkurrenz zwischen den USA, Russland und China. Unsichtbar bleibt ausgerechnet die Europäische Union unter dem Führungsanspruch Deutschlands. Dabei baut sie ihre militärische Handlungsfähigkeit massiv aus und positioniert sich als eigenständige geopolitische Großmacht – einschließlich atomarer Ambitionen.

Zugleich fordert der DGB die Bundesregierung lediglich auf, ihre »Rhetorik der Kriegstüchtigkeit« aufzugeben. Doch Kriegstüchtigkeit ist längst nicht mehr nur Rhetorik, sondern Regierungsprogramm. Umso problematischer ist die Forderung, die »Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft« gegen »innere und äußere Angriffe« sowie »hybride Bedrohungen« zu stärken. In der Sprache der herrschenden Kriegspolitik dient dieser Begriff dazu, die Kriegsertüchtigung auf Gesundheitswesen, Bildung, Verwaltungen, Infrastruktur und Betriebe auszudehnen. Unter dem Mantel allgemeiner Krisenvorsorge öffnet der DGB damit ein Hintertürchen für genau jene gesellschaftliche Militarisierung, die er zu kritisieren vorgibt. Ist das noch politische Unschärfe – oder bereits die sprachlich verkleidete Unterstützung des europäischen Großmacht- und Kriegskurses?

Die politische Praxis ist eindeutig: Deutschland soll wieder zur stärksten Militärmacht Europas werden. Dafür stehen die dauerhaft in Litauen stationierte Kampfbrigade, der Aufstieg zu einem der größten Waffenexporteure, die fortgesetzten Waffenlieferungen an Israel und die Erklärung der Ukraine zum Erprobungsfeld neuer deutscher Waffensysteme. Bundeskanzler Merz bezeichnete selbst die Beteiligung Israels am völkerrechtswidrigen Angriff gegen den Iran als »notwendige Drecksarbeit«.

Dieser Kriegskurs verlangt einen Kriegshaushalt ohne Limit – finanziert durch wachsende Schulden und bezahlt durch die arbeitenden Menschen. Die Rechnung wird im Inneren präsentiert: durch Angriffe auf Rente, Gesundheit und Pflege, durch Kürzungen bei sozialer Sicherung, Bildung und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie durch die weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Der Kriegskurs nach außen hat seine soziale Front im Inneren. Die Entscheidung gegen Butter und für Kanonen ist längst gefallen.

Der DGB-Vorstand hält aber weiter an der Illusion fest, Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und ein starker Sozialstaat könnten dauerhaft neben-

einander bestehen. Zum Antikriegstag fordert er, die Aufrüstung dürfe nicht zulasten des Sozialstaats gehen. Zugleich erklärt er zu den geplanten »Reformen«, er werde deren parlamentarischen Prozess »konstruktiv und mit klarer Haltung« begleiten. Die Verantwortung müsse »gerecht verteilt werden – nicht nur einseitig zulasten der Beschäftigten«. Doch um welche Verantwortung und um welche Lasten geht es hier? Es sind Kriegslasten: die sozialen Kosten eines Aufrüstungskurses, der den Interessen des deutschen Kapitals, seiner Banken und Rüstungskonzerne dient. Für diese Lasten gibt es keine gerechte Verteilung.

Wer darüber verhandelt, dass die Beschäftigten nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen zur Kasse gebeten werden, hat ihre Belastung bereits akzeptiert. Statt gegen Kriegspolitik und Sozialkahltschlag zu mobilisieren, bietet sich die DGB-Führung an, deren Folgen sozialpartnerschaftlich mitzuverwalten. Das ist der Kern des fortbestehenden Burgfriedens: Die Kriegspolitik wird kritisiert, ihre materiellen Voraussetzungen und sozialen Folgen aber »konstruktiv begleitet«.

Doch Burgfriedenspolitik hat Militarisierung und Krieg noch nie verhindert – im Gegenteil.

Die DGB-Erklärung zum Antikriegstag 2026 ist besser als die Erklärungen der Vorjahre. Sie enthält wichtige Forderungen von uns. Doch sie vollzieht nicht den notwendigen Bruch mit Kriegsertüchtigung, imperialistischer Anmaßung und Burgfrieden. Der antimilitaristische Druck der Basis wirkt – aber er reicht noch lange nicht aus. Wir brauchen internationale Solidarität statt Burgfrieden und Gewerkschaften, die nicht den sozialen Preis der Militarisierung verwalten, sondern ihre Macht einsetzen, um diese Politik zu verhindern.

Greifen wir der Kriegsmaschine dort in ihre Mechanik, wo sie tatsächlich entsteht: in den Betrieben, Verwaltungen und Dienststellen – mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, bis hin zum Streik. Dort entscheidet sich, ob Kriegstüchtigkeit organisiert oder verhindert, ob der Tod produziert oder die Zukunft der Menschheit verteidigt wird.

Heraus zu einem internationalistischen, antimilitaristischen und vor allem kämpferischen Antikriegstag gegen den Hauptfeind im eigenen Land!

